

RHEIN-SIEG-KREIS  
DER LANDRAT

**ANLAGE** \_\_\_\_\_  
**zu TO.-Pkt.** \_\_\_\_\_

53.0 Verwaltungsaufgaben

09.11.2005

## Beschlussvorlage

für den  
öffentlichen Sitzungsteil

<b>Gremium und Datum</b>	<b>Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 16.11.2005</b>
--------------------------	--

<b>Tagesordnungspunkt</b>	<b>Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2005: Öffentliche Kritik an der Drogenarbeit des Rhein-Sieg-Kreises</b>
---------------------------	--

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung beauftragt die Verwaltung den für Fragen der Suchtkrankenhilfe zuständigen Ausschuss der Stadt Bonn zu einem gemeinsamen Informations- und Besichtigungstermin einzuladen. Besichtigt wird das offene Kontaktangebot Café KoKo und der darin integrierte Drogenkonsumraum. Zur Information über das Hilfesystem bereitet die Verwaltung eine Präsentation vor.
2. Der „Gesundheitsbericht für den Rhein-Sieg-Kreis 2005 – Suchtkrankenhilfe“ wird nach abschließender Beratung im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung in einem Pressetermin vorgestellt.

**Erläuterungen:**

Das Thema auswärtiger Drogenkonsumentinnen und –konsumenten in der Bonner Drogenszene und hier insbesondere der aus dem Rhein-Sieg-Kreis stammenden Konsumentinnen und Konsumenten war bereits mehrfach Gegenstand der Erörterungen im Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung.

Thematisiert wird –sowohl von den politischen Gremien der Stadt Bonn wie auch seitens der Presse– einerseits der hohe Anteil von Drogenkonsumentinnen und –konsumenten an der Bonner Drogenszene die damit die ordnungspolitische Problemlage in der Stadt Bonn verschärfen. Andererseits wird durch die Stadt Bonn immer wieder die Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises an deren Hilfesystem eingefordert, da Betroffene aus dem Rhein-Sieg-Kreis Leistungen des Bonner Hilfesystems in Anspruch nehmen.

Bisher hat es der Rhein-Sieg-Kreis abgelehnt, sich an den Kosten des Hilfesystems in der Stadt Bonn zu beteiligen. Ausschlaggebend hierfür waren und sind fachliche Erwägungen. Der Rhein-Sieg-Kreis setzt bei seiner Argumentation auf die Erkenntnis, dass der Verbleib der Betroffenen in der angestammten sozialen Umgebung angestrebt werden muss um zu verhindern, dass Betroffene in die Metropolen abwandern und dort sehr schnell riskantere Konsummuster praktizieren, sich dadurch ihr Gesundheitsstatus dramatisch verschlechtert und wichtige tragfähige soziale Kontakte verloren gehen. Eine damit angestoßene und einhergehende Verelendung der Betroffenen kann mit entsprechenden Angeboten vor Ort begegnet werden.

Aus diesem Grund setzt der Rhein-Sieg-Kreis seinerseits auf ein qualitativ hochwertiges System der Versorgung Suchtkranker und achtet hier besonders darauf, dass zwischen der Versorgung von Suchtkranken in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis kein Versorgungsgefälle besteht. Deutlich erkennbar ist dies z.B. daran, dass der Rhein-Sieg-Kreis in seinem Spektrum von Angeboten zur Versorgung Drogenabhängiger über einen Drogenkonsumraum verfügt, dem einzigen Drogenkonsumraum in NRW in einem Landkreis.

Um dem zuständigen Ausschuss der Stadt Bonn den Umfang und die Qualität des Suchtkrankenhilfesystems des Rhein-Sieg-Kreises zu verdeutlichen, soll dieser zu einem Informations- und Besichtigungstermin eingeladen werden.

**Besichtigung:**

Besichtigt werden soll das offene Kontaktangebot Café KoKo der Drogenhilfe des Diakonischen Werkes in Troisdorf, verbunden mit dem darin integrierten Drogenkonsumraum.

**Information:**

Um die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bonn über das Gesamtsystem der Suchtkrankenhilfe zu informieren, soll im Rahmen einer Präsentation über die Standorte der Einrichtungen und deren Leistungsangebot und –umfang informiert werden.

Zur Beantwortung fachlicher Fragen sollen die Fachbereichsleiter der Einrichtungen des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Caritasverbandes und des Diakonischen Werkes zur Verfügung stehen.

Zur Sitzung des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung am 16.11.2005